

Rechtsstaat sei hierzu in der Lage, weshalb er auch ein Denken wie das Heideggersche, das Subjektivität als solche und undifferenziert verabschieden möchte, für gefährlich halte. Es sei vielmehr die Pflicht der abendländischen Nationen, nach dem Export des Giftes auch das Gegengift zu geben. Nur so könne er jenes Rettende aus dem von Heidegger so gern zitierten Hölderlinwort „Wo aber Gefahr ist, wächst / Das Rettende auch“ verstehen.

Das Gespräch sollte nicht abbrechen

Wenn die Tagung die in sie gesetzten Hoffnungen in wesentlichen Punkten auch nicht erfüllen konnte, so verdienen doch die Ergebnisse, ja schon Planung und Durchführung dieses intermundanen Gesprächs Beachtung. Der Erwartungshorizont, mit dem man solche Gespräche angeht, ist vielleicht auch zu hoch, bisweilen auch inadäquat angesetzt. An eine deutsch-japanische Philosophenta-

gung mit denselben Verständlichkeits- und Erfolgskriterien heranzugehen, wie an eine deutsch-japanische Naturwissenschaftlertagung, hieße die wesentliche Differenz naturwissenschaftlicher und philosophischer Sprache beseitigen und sie über den einen uniformierenden Leisten schlagen. Noch ist man ungeübt in dem von Heidegger so unerbittlich eingeklagten „besinnlichen Denken“, das er als Korrektiv zum „rechnenden Denken“ wissen wollte, noch ist man nicht hellhörig genug, auf die Differenz der östlichen und westlichen Sprache zu achten. Und die Übersetzungsprobleme im fundamentalen Sinne beginnen hier erst, wenn sie philologisch exakt gelöst sind. Das Gespräch abzubrechen noch bevor es eigentlich begonnen hat – es wäre das Verkehrteste, was man tun könnte. Kritiker, so Thomas Buchheim am Ende der Tagung, sollten es den Fackelläufern gleichtun: die Fackel mit den nun gewonnenen Erfahrungen aufnehmen und den Übersetzungsprozeß in Gang halten.

Günter Seibold

Am Rande des Ruins

Burma nach 26 Jahren unter Ne Win

Die blutigen Unruhen im vergangenen Jahr haben den Blick der Weltöffentlichkeit vorübergehend auf Burma gelenkt, ein Land, das sich jahrzehntelang von der Außenwelt abkapselte. Eine grundlegende politische Neuorientierung ist bislang nicht erfolgt; seit September 1988 herrschen die Militärs. Von der schwierigen Situation ist auch die christliche Minderheit in dem weitgehend vom Buddhismus geprägten asiatischen Land betroffen.

Einst als „Reisschüssel Asiens“ gerühmt, gehört Burma mittlerweile zu den 25 ärmsten Ländern der Erde. Eine verfehlte, auf Autarkie ausgerichtete Planwirtschaft, Mißmanagement in der verstaatlichten Industrie und Korruption trieben es an den Rand des Ruins. Die gravierenden Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern kann allein noch der florierende Schwarzmarkt abmildern, dessen Umfang den offiziellen Handel um ein Mehrfaches übersteigt. Er wird von der Regierung stillschweigend geduldet, und man bemüht sich allenfalls, seine Auswüchse einzudämmen. Diesem Ziel diene insbesondere die Währungsreform vom Herbst 1987, die jedoch so dilettantisch durchgeführt würde, daß hierbei drei Viertel der Burmesen ihre Ersparnisse verloren. Sie bewog zudem viele Bauern, ihre (ohnehin geschmälernte) Reis-Ernte vorerst nicht zu vermarkten, so daß nicht nur die Preise für das wichtigste Grundnahrungsmittel um über 400% anstiegen, sondern das Land erstmals seit langem wieder in größeren Mengen Lebensmittel importieren mußte.

Die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung

führte in den vergangenen Jahren häufiger zu *Unruhen*, die meist von den Hochschulen ausgingen, denn gerade die jüngere Generation ist mangels jeglicher Zukunftsaussichten äußerst frustriert. Bisher hatte man die Proteste stets mit brutaler Gewalt unterdrückt, doch Mitte 1988 schien auch dies nicht mehr zu helfen, und so entschloß sich die von den Militärs gelenkte „Burmesische Sozialistische Programm-Partei“ im Juli zu einem vorsichtigen Kurswechsel. Sie kündigte eine allmähliche Liberalisierung der Wirtschaft an, und zugleich legte der seit 1962 amtierende *Ne Win* (77) den Parteivorsitz nieder. Es ist unklar, ob man ihn dazu zwang oder ob er mit diesem Schritt nur sein angeschlagenes Ansehen retten wollte. Für letztere Vermutung spricht immerhin, daß er zusammen mit seiner ehrgeizigen Tochter *Sanda Win* weiter erheblichen Einfluß auf die Geschicke des Landes nimmt, zumal seine Nachfolger sämtlich dem Kreis seiner engsten Vertrauten entstammten.

Enttäuschte Hoffnungen auf Demokratie

Angesichts der scheinbaren Schwäche des Regimes steigerten sich die Unruhen, die nach inoffiziellen Schätzungen 5000 Tote forderten, bald derart, daß das Militär am 18.9.1988 erneut die alleinige Macht übernahm. Seither regiert ein „Staatskomitee für Wiederherstellung von Recht und Ordnung“, an dessen Spitze General *Saw Maung* und der Chef des Geheimdienstes (und Schwieger-ohn *Ne Wins*) *Khin Nyunt* stehen. Sie leiteten umgehend

massive Repressalien gegen die Bevölkerung ein – die Verhaftung von einem Drittel der 10 000 zivilen Beamten wegen deren Beteiligung an Protest-Aktionen, die Zwangsrekrutierung Tausender von Studenten (was für viele einem Todesurteil gleichkommt), und möglicherweise auch die Hinrichtung zahlreicher Oppositioneller. Einschneidende *politische Reformen* sind dagegen vorerst nicht in Sicht, ja für die anfänglich versprochenen freien Wahlen wurde bis heute kein konkreter Termin genannt. Die wenigen bisher getroffenen Maßnahmen haben denn auch eher den Charakter „kosmetischer“ Korrekturen, indem man etwa aus der offiziellen Staatsbezeichnung den Begriff „sozialistisch“ strich und die bisherige Staatspartei zur „Partei der Nationalen Einheit“ umformte. Zudem versprach man, ausländische Investitionen zu erleichtern, doch gilt dies nur für weniger bedeutende Wirtschaftszweige, so daß der Anreiz für internationale Unternehmen nicht allzu groß ist.

Zerstrittene Opposition

Der einzige Schritt von größerer Bedeutung ist das am 30. 9. 88 verkündete *neue Parteiengesetz*, das Beamten und Militärs die Gründung eigener politischer Organisationen untersagt. Allerdings müssen sich neue Parteien gegenüber dem Militär loyal verhalten und dürfen weder öffentliche Gelder noch gar Zuwendungen aus dem Ausland erhalten. Dies bevorzugt natürlich die PNE, kann sie doch das Vermögen der ehemaligen BSPP übernehmen. Zugleich fördert man durch materielle Vergünstigungen die Bildung von Splitter-Parteien, mit denen die PNE nach eventuellen Wahlen paktieren könnte, indem jede registrierte Organisation verbilligte Benzin-Rationen und Telefon-Anschlüsse bekommt. Angesichts der desolaten Wirtschaftslage sind dies erhebliche Privilegien, und so ließen sich allein bis Dezember 1988 über 160 Gruppen als Parteien eintragen, die oft nur ökonomische Partikular-Interessen verfolgen, weshalb sie der Volksmund abschätzig als „Telefon- und Benzin-Parteien“ bezeichnet.

Gleichwohl gibt es auch Oppositionskreise, die sich ernsthaft um gesellschaftlichen Wandel bemühen. Sie werden jedoch vorwiegend von Persönlichkeiten des früheren politischen Establishments bzw. einstigen Weggefährten Ne Wins angeführt, die sich zudem u. a. wegen eigener Macht-Ambitionen gegenseitig befehden. Der 1962 gestürzte Premierminister *U Nu* (81) verscherzte sich dabei schon im September viele Sympathien, als er ohne Absprache mit potentiellen Kandidaten eine Interimsregierung ausrufen wollte. Seit im Oktober auch seine Geheim-Verhandlungen mit Ne Win scheiterten, ist er nun über die ihm nahestehende „Demokratie-Partei“ bestrebt, seinen Regierungsanspruch zu verwirklichen.

Die Ende September gegründete „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) verlor ebenfalls an Gewicht, nachdem ihr Mitbegründer *Aung Gyi* (71) im Dezember wegen angeblicher kommunistischer Unterwanderung der NLD eine eigene „Vereinigte Nationale Demokratie-Partei“ ins

Leben rief. In den frühen 60er Jahren Stellvertreter Ne Wins, hatte Aung Gyi als einer der prominentesten Dissidenten im Sommer 1988 mit seiner in „offenen Briefen“ geäußerten Kritik wesentlich zum Rücktritt Ne Wins beigetragen. Dennoch sucht er jetzt wieder die Nähe Ne Wins, ja in Interviews erklärte er, er stimme weiterhin in wesentlichen Fragen der Sozialpolitik mit ihm überein. Er sucht deshalb die Schuld für die prekäre Wirtschaftslage Burmas weit weniger bei Ne Win als vielmehr bei jenen Militärs, die diesen jahrelang von der Realität abgeschirmt hätten (Asiaweek 21. 10. 88).

Trotz dieser Abspaltung bleibt die NLD die führende Oppositionskraft, zumal sie (nach eigenen Angaben) über rund eine halbe Million Mitglieder verfügt. Geleitet wird sie jetzt von *Aung San Suu Kyi* (43), der Tochter des 1947 ermordeten „Vaters der burmesischen Unabhängigkeit“ *Aung San*, und *Tin U* (72), einem der ehemaligen „Kronprinzen“ Ne Wins. Obwohl bisher politisch nicht engagiert und erst Mitte 1988 nach langer Abwesenheit aus Großbritannien nach Burma zurückgekehrt, gewann Aung San Suu Kyi bald derart an Ansehen, daß sie inzwischen als bedeutendste Persönlichkeit der Opposition gilt. Das Militär, mit dem auch sie mittlerweile Gespräche über die Zukunft Burmas führte, gestattet ihr sogar öffentliche Auftritte, obgleich ansonsten ein striktes Versammlungsverbot herrscht.

Abseits dieser Entwicklung steht im übrigen die Mehrheit jener *Studenten*, von denen die Protestbewegung ausging. Sie sind von den meisten der führenden Oppositionspolitiker enttäuscht, zumal diese nicht über konkrete Programme verfügen, sehen aber auch kaum Alternativen. Gleichwohl entschieden sich nur einige Tausend für den Anschluß an Aufständischen-Gruppen (vor allem der Karen), doch resignierten inzwischen viele von ihnen – teils, weil ihnen das karge Leben im Dschungel nicht behagte, teils wegen des auf ethnischen wie sozialen Gegensätzen beruhenden gegenseitigen Mißtrauens. Etwa 5–10 000 Studenten emigrierten zudem nach Thailand, von denen bisher nur ein Teil zurückkehrte, nachdem man ihnen Straffreiheit zugesichert hatte.

Ungelöstes Minderheiten-Problem

Die politischen Turbulenzen der letzten Monate berührten in erster Linie die eigentlich burmesische Gesellschaft, nicht aber die rund 70, vielfach in schwer zugänglichen Randregionen des Landes lebenden *nationalen Minderheiten*, die ein Drittel der über 40 Millionen Einwohner Burmas stellen. Bis heute konnte sich keine der burmesischen Regierungen dazu durchringen, ihre (sehr unterschiedlichen) Wünsche nach politischer Gleichberechtigung bzw. Autonomie auch nur einigermaßen zu erfüllen, und so gibt es kaum eine größere ethnische Gruppe, unter der nicht *Aufständische* agierten. Insgesamt schätzt man die Zahl ihrer Soldaten – einschließlich der 12 000 Kämpfer der kommunistischen Untergrund-Armee – auf 30–35 000, die sich teilweise seit Jahrzehnten mit den annähernd

200 000 Soldaten der regulären Streitkräfte einen Stellungskrieg liefern und nach eigenen Angaben fast die Hälfte des Landes kontrollieren.

Die bedeutendste Aufständischen-Organisation ist – neben der KP – die „Nationale Demokratische Front“, der zehn Gruppierungen angehören, darunter als größte die „Unabhängigkeits-Organisation der Kachin“ und die „Nationale Union der Karen“ mit jeweils etwa 5000 aktiven Kämpfern. Unter Führung der im äußersten Norden Burmas operierenden Kachin arbeitet die NDF seit 1986 militärisch (aber nicht politisch) mit den Kommunisten zusammen, die vor allem in den Shan-Staaten an der Grenze zu Laos und China tätig sind. Diese Kooperation ist jedoch nicht unumstritten, und der betont antikommunistische Führer der Karen, der Adventist *Bo Mya*, zog sich deshalb zeitweilig aus dem Führungsgremium der NDF zurück.

Die Rebellen erhalten nur noch geringe Unterstützung aus dem Ausland, seit auch China den Kommunisten weitgehend die finanziellen Zuwendungen entzog. Sie finanzieren sich zumindest durch lokale Steuern, Zölle auf Schmuggelwaren und den Export der in ihren Gebieten reichhaltig vorhandenen Jade und Kohle. In den Shan-Staaten spielt darüber hinaus der Opium-Anbau eine erhebliche Rolle, ja die dem „Tai/ = Shan/-Revolutionerrat“ zugehörige Privat-Armee des „Opiumkönigs“ *Khum Sa* bestreitet ihren Unterhalt sogar zum größten Teil aus dem Rauschgifthandel.

Angesichts der seit langem bestehenden militärischen Patt-Situation bemüht sich insbesondere die NDF seit 1986, ihre Forderungen auf dem Verhandlungsweg durchzusetzen. Sie bot der Regierung erneut einen Waffenstillstand an und reduzierte ihre Autonomie-Wünsche, doch scheiterten die Gespräche wie schon in früheren Jahren. Ohnehin mißbilligten Teile der NUK die Kontakte, denn sie bestehen weiter auf der Errichtung eines weitgehend unabhängigen Karen-Staates. *Bo Mya* selbst erhofft sich außerdem eher eine Lösung durch eine Zusammenarbeit mit der Opposition, und so rief er im November 1988 im Namen der NDF gemeinsam mit zwölf Gruppierungen der studentischen und Exil-Opposition eine „Demokratische Allianz“ ins Leben. Sie will durch eine eigene Interims-Regierung freie Wahlen abhalten lassen und eine Rückkehr zu politischen Idealen der 50er Jahre ermöglichen, vor allem zu einer liberalen Marktwirtschaft und zu einer „aktiven außenpolitischen Neutralität“.

Ungeachtet all dieser Bestrebungen ist es allerdings sehr fraglich, ob sich die Hoffnungen der unterschiedlichen Oppositionsgruppierungen auf eine baldige Demokratisierung Burmas erfüllen. Will man nicht letztlich doch Kompromisse mit den Militärs eingehen, ist man auf Hilfe aus den Nachbarstaaten angewiesen. Diesen aber ist vorerst noch ein einigermaßen berechenbares (wenngleich brutales) Militärregime offensichtlich genehmer als eine von der Opposition geführte Regierung, die kaum Herr der Lage wäre. Die Nachbarländer erkannten denn auch nach einigem Zögern ab Mitte November die neue Mili-

tärregierung an. Ähnlich dürften auch die internationalen Geldgeber des Landes wohl bald ihre Zahlungen wieder aufnehmen, insbesondere Japan, von dem Burma 80% seiner ausländischen Wirtschaftshilfe erhält.

Die religiöse Opposition

Seit jeher spielen die *buddhistischen Orden* eine bedeutende Rolle in der burmesischen Innenpolitik, zumal sich 85% der Bevölkerung zum Buddhismus bekennen, während Muslime (5%), Christen (4,5%) und Hindus (2,5%) nur kleine religiöse Minderheiten bilden. Oft genug standen buddhistische Mönche an der Spitze von Protestbewegungen, und hieran ändern auch die massiven Eingriffe in das Ordensleben unter Ne Win nur wenig. Man konnte zwar die Mönchsgemeinschaften gegen Gewährung materieller Privilegien veranlassen, die Zahl ihrer Mitglieder auf etwa 100 000 Mönche zu beschränken und sich 1980 zu einem staatlich kontrollierten Verband zusammenschließen, doch hatten diese Maßnahmen nur eine begrenzte Wirkung. Gerade unter den jüngeren Mönchen wuchs in den letzten Jahren der Widerstand gegen das Militärregime, wobei zunehmend Forderungen nach gesellschaftlichem Pluralismus an die Stelle der früheren sozialistischen Postulate traten.

Entsprechend führten häufig Mönche die Demonstrationen des Sommers 1988 an und beteiligten sich an der Arbeit von Bürger-Komitees, so in Mandalay, wo sie tatkräftig halfen, eine zeitweilige Zivilverwaltung einzurichten. Führende Vertreter des Buddhismus waren zudem intensiv (und teilweise mit Erfolg) bemüht, Gewalttaten auf beiden Seiten zu verhindern. Die humanitären Hilfsaktionen für Opfer der Unruhen förderten sogar vielerorts die interkonfessionelle Zusammenarbeit, indem z. B. auch katholische Gruppen an Initiativen der „All-Burmesischen Religions-Vereinigung“ teilnahmen, die ansonsten nur Buddhisten, Muslime, Hindus und Protestanten vertritt.

Die offizielle katholische Kirche hielt sich dagegen zunächst bewußt zurück, vertritt sie doch eine recht kleine Gemeinschaft von 450 000 Gläubigen, die nur knapp 1% der Bevölkerung repräsentiert. Erst Mitte August trat sie mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie „voll und ganz die Hoffnungen des Volkes auf politische und wirtschaftliche Reformen“ begrüßte: „Gemäß unserem christlichen Glauben sind wir der Ansicht, daß den Menschen das von Gott gegebene Recht zusteht, eine gerechte und friedfertige Verwaltung zu wählen, welche die freie Meinungsäußerung und den Respekt vor den Menschenrechten fördert.“ (UCA News 31. 8. 88) Desgleichen rief Erzbischof *Gabriel Thobey Mahn Gaby* von Rangun am 1. 9. 1988 in einem Hirtenbrief die Laien zu verstärkter Mitarbeit im sozio-politischen Bereich auf und schlug u. a. die Einrichtung eines „Verbindungs-Komitees der katholischen Kirche für Demokratie“ vor, das mit anderen demokratischen Gruppen kooperieren sollte. Darüber hinaus zelebrierte man insbesondere in der Erzdiözese

Rangun Bittgottesdienste und beteiligte sich an gewaltlosen Protestmärschen, etwa am 8. 9. 88 in Rangun, als sich rund 1000 Laien, 100 Seminaristen und 60 Vertreter des Klerus in einer Prozession einem Demonstrationszug anschlossen (UCA News 14. 9. 88).

Eine trotz Isolation blühende Kirche

Seit dem Militärputsch ist die Kirche politisch wieder zum Schweigen verurteilt, um ihre ohnehin heikle Lage nicht weiter zu gefährden (vgl. HK, Januar 1983, 42). Schließlich war sie dem gegenwärtigen Regime als „ausländische“ Gemeinschaft stets suspekt, weshalb man ihr zwar die freie Kultus-Ausübung erlaubt, ihre Aktivitäten und vor allem ihre Auslandskontakte ansonsten aber streng überwacht. So verweigerte man in der Vergangenheit mehrfach dem in Bangla Desh residierenden, auch für Burma zuständigen Pro-Nuntius die Einreise, und die einheimischen Bischöfe durften das Land nur gelegentlich verlassen, etwa 1984 zu einem Treffen mit dem Papst in Manila. Gleichfalls gestattet man nur vereinzelt Priestern ein Auslandsstudium, und nur die wenigen noch im Lande verbleibenden älteren Missionare können vergleichsweise regelmäßig zu Heimatbesuchen ausreisen.

Ungeachtet der weitgehenden Isolation stellt sich die katholische Kirche in Burma dennoch als blühende Gemeinde dar, deren Gläubigenzahl sich seit 1948 mehr als verdreifachte. Allerdings gehören 90% der Katholiken, wie auch die meisten Vertreter des zum allergrößten Teil einheimischen Klerus, *nationalen Minderheiten* an, vor allem den Kachin, Karen und Chin (letztere in der an Indien grenzenden Region). Dies bedingt erhebliche Personalprobleme, zumal die kirchlichen Mitarbeiter angesichts der ethnischen und kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen, in sich meist recht homogenen Diözesen nicht beliebig einsetzbar sind. Ohnehin reicht die Zahl von 240 Welt- und 20 Ordenspriestern gerade für die Betreuung der oft weit verstreuten Gemeinden in abgelegenen Bergregionen nicht aus, wenngleich sie von rund 80 Ordensbrüdern und 850 Ordensschwwestern unterstützt werden und man jährlich im Durchschnitt 20 Neupriester verzeichnet (Angaben nach: *Annuario Pontificio* 1988, Stand: Ende 1986). So gibt es auch zahl-

reiche „vergessene“ Gemeinden, vor allem in Rebellen-Gebieten, die seit Jahren ohne geistlichen Beistand auskommen müssen. Zwar würden es manche Aufständischengruppen inzwischen sogar begrüßen, wenn unter ihnen Priester tätig wären, doch könnte ein derartiges Engagement für die Kirche verheerende Folgen haben. Schließlich mußte sie sich in der Vergangenheit mehrfach des Vorwurfs erwehren, mit Rebellen zu kollaborieren, und einige Priester kamen in Rebellen-Gebieten um.

Die Kirche versucht deshalb, das Problem einer angemessenen Glaubensverkündung anderweitig zu lösen. So gründete man in den Diözesen *Laien-Bewegungen*, deren Mitglieder zumindest zeitweilig als Katecheten isolierte Gemeinden betreuen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind auch die seit einigen Jahren nach Burma ausgestrahlten religiösen Programme des in Manila stationierten Senders „Radio Veritas“. Die eigenen Medien der Kirche können dagegen nur einen bescheidenen Beitrag leisten, zumal etwa die Auflage der einzigen, wöchentlich erscheinenden Kirchenzeitung auf 7000 burmesische und 700 englischsprachige Exemplare limitiert ist.

Effektiver Beitrag zur Entwicklung des Landes

Im *Bildungs- und Sozialbereich* ist die Kirche im übrigen nach den Verstaatlichungen vieler Einrichtungen in den 60er Jahren nur in geringem Maße präsent. Immerhin unterhält sie mit ihren bescheidenen finanziellen Mitteln wieder rund 140 Bildungseinrichtungen, darunter über 50 Grundschulen in abgelegenen Regionen, an deren Übernahme der Staat offensichtlich kein Interesse hat. Zudem betreibt sie etwa 230, meist kleinere Sozialstationen, darunter Waisenhäuser, Altenheime und Zentren für Lepra-Kranke. Einzelne Mitarbeiter der Kirche helfen auch bei *landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten*, wobei diese Hilfe auch von Andersgläubigen um so bereitwilliger angenommen wird, als man bewußt darauf verzichtet, sie mit Bestrebungen zur Missionierung zu verbinden. Damit leistet die Kirche insgesamt einen zwar nicht allzu spektakulären, im kleinen Rahmen aber durchaus effektiven Beitrag zur Entwicklung gerade der am meisten benachteiligten Regionen Burmas.

Peter Drews

Kurzinformationen

Johannes Paul II. unterstreicht die Bedeutung der Religionsfreiheit als Testfall für die Einhaltung der Menschenrechte

In seiner *Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps* am 9. Januar erinnerte der Papst an die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor vierzig Jahren und hob hervor, unter den grundlegenden Freihei-

ten, die die Kirche zu verteidigen habe, stehe die *Religionsfreiheit* an erster Stelle. Johannes Paul II. wies darauf hin, daß es aus mehr als einem Land Appelle von Gläubigen, vor allem von Katholiken gebe, die sich in ihren religiösen Antrieben und in ihrer Glaubenspraxis beeinträchtigt fühlten. Nicht selten gebe es Gesetze oder Verwaltungsvorschriften, die das Recht auf Religionsfreiheit verletzen. Wie in jedem Jahr ließ der Papst auch in dieser